

Werder, den 19. März 2020

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, werte Gäste!

Unter uns von der Corona-Pandemie aufgezwungenen ungewöhnlichen Bedingungen beraten und entscheiden wir heute über den zweiten Doppelhaushalt für unsere Stadt.

Gut ist, dass mit diesem Haushalt, dem auch von uns seit Jahren immer wieder angemahntem Investitionsbedarf in die Bildungsinfrastruktur, entsprochen wird. Mehr als 20 Mill. Euro sind für den Ausbau der 5 kommunalen Schulen vorgesehen. Das findet unsere Zustimmung.

Neu an diesem Haushalt ist jedoch, dass 20 Millionen Kreditaufnahme erforderlich sein werden, damit diese Vorhaben möglich sind. Das liegt nicht an den zu geringen Einnahmen unserer wachsenden und prosperierenden Stadt. Das liegt unter anderem an dem Mammutprojekt Therme. Für die hoffentlich 2021 endlich fertiggestellte Therme werden wir statt der ursprünglich geplanten 18 Mill. Euro, 51 Mill. Euro Investitionskosten plus etliche Nebenkosten ausgegeben haben. Da lassen sich die notwendigen und richtigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur eben nicht mehr aus dem Bestand finanzieren.

Auch fehlen uns Planungen für eine Schule nördlich des, die Stadt noch auf Jahre zerschneidenden, Bahnübergangs. Stattdessen werden für den privaten Bildungscampus in Glindow zu den bereits beschlossenen rund 1 Mill. weitere 5 Millionen Investitionsmittel zuzüglich Betriebskostenzuschüsse, also rund 7 Millionen Euro geplant. Hinzu kommt, dass die Baukostenzuschüsse für diese private Einrichtung noch über Jahre hinweg unseren Haushalt als Abschreibung belasten werden.

Wir haben uns als Fraktion mit Vorschlägen und Anträgen zu Bushaltestellen, Toiletten, Tee- und Wärmestube und Familienzentrum in die Haushaltsdiskussion eingebracht und auch einiges erreichen können. Das sehen wir natürlich als positiv an.

Nachteil des in diesem Jahr gewählten Verfahrens ist, dass wir bei der Haushaltsdiskussion vom vorliegenden Entwurf ausgegangen sind: In dem waren Einnahmen aus Elternbeiträgen nach bisher geltenden Satzungen vorgesehen. Unter dieser Voraussetzung war unsere Forderung – „Keine Erhöhung der der Elternbeiträge“ gegenstandslos und wir haben den Antrag zurückgezogen. Das war ein Fehler, denn jetzt ist diese Forderung wieder aktuell.

Ein Antrag von unserer Fraktion liegt jedoch noch zur Abstimmung heute vor: Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für die Gründung von Stadtwerken. Eigene Stadtwerke eröffnen die Chance die modernen technischen Möglichkeiten bei der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung einzusetzen, die erneuerbare Energien sinnvoll und forcierter zu nutzen sowie neue wirtschaftliche Optionen für eine örtliche Energieversorgung zu erschließen. Die von uns beantragte Machbarkeitsstudie soll als Entscheidungsgrundlage dienen, die Wirtschaftlichkeit untersuchen, die Vor- und Nachteile für die Stadt und ihre Bürger darstellen, einen möglichen Weg der Umsetzung aufzeigen. Es soll also vor allem

energiwirtschaftlicher und juristischer Sachverstand als Entscheidungsvorbereitung eingebracht werden.

Wie die Bürgermeisterin im Finanzausschuss andeutete, rechnet sie mit einem Nachtragshaushalt. Da kann alles nachgeholt und eingearbeitet werden, was im vorliegenden Entwurf zunächst nur textlich aufgenommen wurde und weiterer Vorbereitung bedarf – wie z.B. bei den Toiletten oder den Zuschüssen für die Tee- und Wärmestube. Damit können wir uns anfreunden. Wenn unverzüglich begonnen wird und, wenn dieser Prozess offen und nachvollziehbar d.h. mit genügend Zeit zur Diskussion für uns Abgeordneten abläuft.

Eine andere Sorge treibt uns jedoch noch um: Dieser Plan wird **so** nicht umgesetzt werden können! Zeitlich ist er von der Verwaltung nicht zu schaffen.

Wir schieben schon heute einen Berg unerledigter und nicht abgeschlossener Investitionen vor uns her.

2019 waren Investitionen von 21,3 Mill. Euro geplant und es wurden nur 13,9 Mill. Euro verwirklicht und - davon etwa Hälfte unerledigte „Reste“ aus früheren Jahren. Auf 14,5 Mill. Euro ist der noch nicht realisierte „Investitionsberg“ angewachsen, sind Vorhaben vorangegangener Jahre noch offen. Und da sollen im Jahr 2020 sogar 25 Mill. Euro ausgeben und im Jahr 2021 noch einmal 21 Mill. Euro ausgeben, in der Summe also 60,5 Mill. Euro Investitionsauszahlungen realisiert werden?! Wenn es mit dem vorangegangenen Doppelhaushalt nicht geschafft wurde die geplanten 38 Mill. Euro sinnvoll auszugeben, wie soll das bei 60 Millionen funktionieren?

Die gute Nachricht dabei: dann werden die Rücklagen nicht so schnell aufgezehrt, die Kreditaufnahmen werden geringer ausfallen und die Verbindlichkeiten wachsen langsamer an.

Die schlechte Nachricht jedoch: die Bürger werden länger auf dringend notwendige Investitionen, wie z.B. die Erweiterung des Gymnasiums, den Ausbau der Grundschule in Glindow, Straßenbaumaßnahmen, ... warten müssen.

Unser Vorschlag:

- Wir beraten in der SVV und in den Ausschüssen zum Haushalt – auch wenn er heute beschlossen werden sollte - auch weiterhin gerade unter diesem Blickwinkel – um realistische Zeitpläne und Finanzbedarf abzustimmen!

Und

- Wir richten eine Stelle für eine/einen weiteren Beigeordneten ein, um die Spitze der Verwaltung so aufzustellen, dass sie die gewachsenen Aufgaben und Anforderungen bewältigen kann.

Dr. Gabriele Janke  
Fraktion DIE LINKE in der SVV Werder (Havel)